https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/2678

Gen-ethischer Informationsdienst

„Menschen unter Finanzierungsvorbehalt“

Der Arbeitskreis Marginalisierte zur Geschichte sozialer Ausgrenzung

AutorIn
Dirk Stegemann
Lothar Eberhardt

Der „Arbeitskreis Marginalisierte Gestern und Heute” in Berlin widmet sich der Geschichte von sozialer Ausgrenzung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Zeit des Nationalsozialismus. Der Zusammenschluss von PhilosophInnen, SozialwissenschaftlerInnen, ErwerbslosenaktivistInnen, PsychiatriekritikerInnen und anderen Engagierten will damit nicht nur die bislang weitgehend ausgebliebene Aufarbeitung der Verfolgung so genannter „Asozialer“ in Gang bringen, sondern auch Kontinuitäten und Brüche in Verwendung und Funktionsweise des Stigmas deutlich machen.

Sie beziehen sich mit Ihrer Arbeit auf Marginalisierung gestern und heute. Wo sehen Sie Kontinuitäten zwischen Faschismus und Gegenwart?

DS: Oh, da gibt es eine Menge. *Eine* Kontinuität sind Einstellungsmuster, die bis heute zu rechten und rassistischen Morden an Wohnungslosen und sozial Ausgegrenzten führen. Dafür schafft aktuelle Politik den Nährboden, und auch das hat Kontinuität. Ein anderer Mechanismus, der sich bis heute fortsetzt, ist die Verinnerlichung des Stigmas oder, anders ausgedrückt, die Selbst-Disziplinierung, die Anpassung und Unterordnung, um Diskriminierung und Ausgrenzung zuvorzukommen. Wer will schon vom „Wir“ der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen und von ständiger Repression betroffen sein? Selbstdisziplinierung zeigte sich im NS zum Beispiel, wenn sich Menschen „freiwillig“ zur Sterilisierung meldeten. Es gab ja die so genannte Sippenhaft - weil „Asozialität“ als vererbbare, biologische Eigenschaft konstruiert war, hatten Angehörige ebenfalls mit Verfolgung zu rechnen. Vermutlich hofften sie, sich dem durch „freiwillige“ Sterilisierung entziehen zu können. Die Frage stellt sich, inwieweit sie dabei dieses Stigma selbst verinnerlicht hatten - auch dazu gibt es bisher viel zu wenig Forschung. Studien im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der so genannten Euthanasie-Aktion haben gezeigt, dass die Zwangssterilisierungen und Morde an Kranken von Angehörigen aufgrund von Selbst-Stigmatisierung und der damit verbundenen Scham nicht selten tabuisiert wurden.

Aber ist die Bedrohung damals mit den Ausgrenzungsmechanismen heute vergleichbar?

DS: Nein, so direkt nicht. Aber es gibt Analogien - das Prinzip der Verinnerlichung von Stigmata zur pauschalen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen funktioniert jedenfalls auch heute. Zum Beispiel, wenn Erwerbslose die prekärsten Jobs, Arbeits- und Lebensbedingungen scheinbar freiwillig und dankbar annehmen, nur um ihre Arbeitswilligkeit unter Beweis zu stellen und dem Stigma des unwilligen oder unfähigen „Sozialschmarotzers“ oder „Leistungsbetrügers“ zu entgehen. Was sich vergleichen lässt, ist die Grundlogik der Ausgrenzung, die moderne, auf der möglichst effektiven Verwertung der Arbeitskraft basierende Gesellschaften brauchen, um zu funktionieren. Marginalisierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung sind Instrumente, mit denen die bestehenden Verhältnisse aufrechterhalten werden und die Zwang und Repression gegen Menschen legitimieren, die sich in das bestehende System nicht einordnen wollen oder können. In diesem Sinne ist der Begriff der „Asozialität“ auch noch mal doppelt paradox. Denn die „Sozialschmarotzer“ und „Gemeinschaftsfremden“ - heute heißen sie „Sozialstaats-Abzocker“ oder auch „Wirtschaftsflüchtlinge“ - sind für dieses System ja eben gerade nicht nutzlos, sondern werden im Gegenteil unbedingt gebraucht: Als die „Anderen“, die „VerliererInnen“, zu denen man nicht gehören will und über die sich ein „Wir“ konstruieren lässt. Unterm Strich besteht die große Klammer vor allem darin, dass Menschen und ihre Existenz spätestens mit dem Beginn des Kapitalismus grundsätzlich unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Nur wer seine Nützlichkeit für die Gesellschaft beweist, hat eine Chance auf Zugehörigkeit, Teilhabe und Existenz.

Sehen Sie denn auch Unterschiede zwischen der Stigmatisierung von Menschen im NS und der Ausgrenzung nach 1945?

LE: Ja, selbstverständlich gibt es Unterschiede, soziale und rassistische Hierarchien sind heute viel komplexer, Marginalisierung funktioniert völlig anders als im Faschismus. Das fängt damit an, dass es nicht mehr um Vernichtung geht, sondern um Erziehung und Besserung. Auch die Sippenhaft ist insofern Vergangenheit, als die Familie heute eher ein Ansatzpunkt ist, um Menschen, die sich ihrer Integration als „schwer Erziehbare“, „sozial Auffällige“, „MigrantInnen“ - oder wie auch immer sie kategorisiert werden - zu widersetzen scheinen, einzufangen in das System von Arbeit und Anpassung. DS: Aber das Grundprinzip ist geblieben: Die heutige Konkurrenzgesellschaft basiert auf Auf- und Abwertung, sie braucht Rassismus und Ausgrenzung, um zu funktionieren!

Wie versuchen Sie, gegen diese Ausgrenzung anzugehen? Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

DS: Ganz unterschiedlich, wir sind keine homogene Gruppe. Für die meisten von uns war ja die Erwerbslosenbewegung und später die Kritik an den Hartz-IV-Gesetzen ein Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der Geschichte der sozialen Ausgrenzung - die Feststellung, dass die Existenzberechtigung von Menschen an ihr Leistungs- und Arbeitsvermögen oder auch an Lebens- und Verhaltensweisen gekoppelt wird und dass das Geschichte hat. Entsprechend arbeiten wir auch auf verschiedenen Ebenen: Wir unterstützen zum Beispiel Flüchtlinge, thematisieren Wohnungslosigkeit und hohe Mieten oder machen uns gegen Zwangsumzüge von Hartz-IV-EmpfängerInnen stark. Gedenk- und entschädigungspolitisch versuchen wir die Geschichte der Verfolgung unter dem Label „asozial“ und „gemeinschaftsfremd“ aufzuarbeiten und fordern die Rehabilitation für die vergessenen Opfer von Naziverbrechen ein - seit 2008 gedenken wir auf dem Gelände der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser der Verfolgung der so genannten „Asozialen“.

Sie bemühen sich ja seit Jahren um einen Gedenkort auf dem Gelände. Wie kommen Sie voran?

DS: Das geht alles sehr schleppend. Die Zeit- und Gesellschaftsepochen, um die es geht, sind genauso verschieden wie die Vorstellungen zu Form und Inhalt des Gedenkens. Die Beteiligten des Runden Tisches verfolgen da sehr unterschiedliche Ziele. *Uns* geht es darum, den Umgang mit den Opfergruppen in seinen jeweiligen historischen Kontext zu stellen. Einige haben inzwischen öffentliche Anerkennung erhalten, andere bis heute nicht. Das ist auch politisch motiviert. Sich mit Kontinuitäten und Brüchen des Stigmas

„asozial“ auseinanderzusetzen, heißt für uns, den Bezug zu aktueller sozialer Ausgrenzung und ihren rassistischen und sozialdarwinistischen Aspekten aufzuzeigen. Neoliberale Parteien stellen sich jedoch nur ungern den Folgen ihrer Politik. Nicht selten stehen einige dabei auch im Einklang mit dem derzeitigen Geschichtsrelativismus, der DDR und NS-Regime in den einen großen Topf der „Diktaturen“ wirft und dabei auch gleich alles entsorgt, was für die Analyse von Kontinuitäten und Brüchen nach 1945 in beiden deutschen Staaten wichtig ist. Deshalb ist die DDR-Zeit auch schon ziemlich gut erforscht, während für die restliche Zeit die Aufarbeitung immer noch ganz am Anfang steht: Kaum etwas ist über die Kaiserzeit in Rummelsburg bekannt. Schicksale ehemaliger InsassInnen kennen wir nur wenige, und die NS-Zeit ist völlig unterbelichtet. Wir wissen bislang viel zu wenig über die Deportationen in Konzentrationslager, und Fragen wie die nach medizinischen Versuchen an sogenannten Asozialen sind gänzlich unbeantwortet. Für solche Forschungen gibt es einfach kein Geld, und wohl auch kein Interesse.

Ist denn absehbar, ob - und wenn ja wie - der Verfolgung von so genannten Asozialen in Rummelsburg gedacht wird?

LE: In gewissem Sinne ist das absehbar, ja (lacht). Zum Beispiel hat das zuständige Bezirksamt 2007 beschlossen, den Ort durch Gedenktafeln zu markieren, und mittlerweile stehen auch zwei: Eine handelt die Geschichte des Ortes von der Kaiserzeit bis 1945 ab, die andere richtet den Fokus auf die DDR-Zeit. Eine solche Gewichtung ist geschichtspolitische Manipulation! Wir haben eine weitere Tafel gefordert, die der nationalsozialistischen Verfolgung der so genannten „Asozialen“ gedenkt. Aber alle Einsprüche wurden mit Sachzwängen wie angeblich fehlende Finanzierung und Zeitmangel abgebügelt. DS: Nach wie vor fordern wir, einen Lern-, Studien- und Begegnungsort in Rummelsburg einzurichten, an dem es neben dem Gedenken an die Opfer auch um Kontinuitäten geht, um heutige Ausgrenzungsmechanismen und damit verbundenes Ungleichwertigkeitsdenken. Abgesehen von der gedenkpolitischen Gemengelage wird das aber auch räumlich nicht einfach: 90 Prozent des Geländes sind bereits privatisiert und in Eigentumswohnungen umgewandelt. So bleibt nur ein derzeit noch von der Polizei genutztes Areal übrig. Rein rechtlich könnte der Bezirk diesen Teil für eine Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte freigeben, aber politisch hat diese Idee keine Konjunktur. Dabei ist es höchste Zeit, das ganze Ungleichwertigkeitssystem zu hinterfragen - das wäre wirklich eine angemessene Nutzung dieses Ortes, an dem über ein Jahrhundert Menschen interniert, diszipliniert, zum Arbeiten gezwungen, gequält und im NS auch zwangssterilisiert, deportiert und ermordet wurden.

Der GID wünscht Ihnen weiter einen langen Atem und dankt für das Gespräch!

Das Interview führte Uta Wagenmann.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 220 vom Oktober 2013
Seite 20 - 21